

„Bergrecht ist unheilvoll“

KAVERNENBAU Bundestagsabgeordnete informieren sich in Etzel vor Ort

Eine Änderung des Bergrechts fordert der Grünen-Energie-Experte Oliver Kirscher.

VON HELMUT BURMANN

ETZEL – „Erst wurden wir nur wahr genommen, jetzt nimmt man uns ernst,“ schloss der Sprecher der Bürgerinitiative Lebensqualität Horsten-Etzel, Franz Kreutzburg, gestern in Etzel das Pressegespräch mit den Grünen-Bundestagsabgeordneten Thilo Hoppe aus Aurich und Oliver Kirscher, dem Energie-Experten der Bundestagsfraktion. Das aus der Eifel stammende Mitglied im Bundestagsausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit äußerte sich äußerst kritisch zum bestehenden Bergrecht, nach dem die IVG-Kavernen genehmigt wurden. Kirscher: „Bergrecht bricht Menschenrecht.“

Das Bergrecht gehe zurück in das 19. Jahrhundert und die NS-Zeit und räume dem Bergbau enorme Rechte ein. Für dieses Recht sei es auch typisch, Themen zu zerstücken, wie es in Etzel und Horsten geschehen sei. Das müsse sich ändern, derartige Projekte müssten als Ganzes



Die Grünen-Bundestagsabgeordneten Thilo Hoppe (links, Aurich) und Oliver Kirscher (rechts, Düren) mit dem Vorstandsmitglied der Bürgerinitiative „Lebensqualität“ Horsten-Etzel-Marx, Wolfgang Rudolph.

BILD: BURMANN

gesehen werden. Das Bergrecht sei unheilvoll. Der Verursacher müsse zwar bezahlen, der Betroffene sei aber in der Beweispflicht. Daher fordern die Grünen im Bundes-

tag eine Änderung des Bergrechts.

Auch die aktuelle Diskussion um die CSS-Speichertechnologie war Thema des Gesprächs. Für Oliver Kir-

schner eine unausgereifte Technologie, die, so sein Auriicher Kollege Thilo Hoppe, in der Region eine dramatische Diskussion heraufbeschwören kann.

→ SEITE 9

Ems-Jade

Im Bergrecht keine Waffengleichheit

IVG-KAVERNEN Auch die Landesbergämter müssten zukünftig umdenken

45 Kavernen sollen auf dem IVG-Gelände inzwischen fertig sein.

VON HELMUT BURMANN

ETZEL – Das alte Bergrecht räume den Betreibern enorme Möglichkeiten ein, kritisierte der Grünen-Bundestagsabgeordnete Oliver Kirscher während eines Informationsbesuches bei der Bürgerinitiative Lebensqualität Horsten/Etzel (BI), das er mit seinem Auricher Kollegen Thilo Hoppe absolvierte. Nach diesem alten Recht wird das größte deutsche Feld für Erdgasspeicher vorangetrieben. Das gesamte Projekt mit insgesamt 144 Speichern müsse einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden, so der Energie-Experte seiner Bundestagsfraktion.

Die Grünen-Abgeordneten und weitere Mitglieder der regionalen Kreisverbände nutzten den Besuch in Etzel, um sich über den aktuellen Stand der Kavernen-Industrie zu informieren. Nach einer Begutachtung der Situation betroffener Anwohner in Horsten informierten sich Hoppe und Kirscher über die bisher geleistete Arbeit der BI und ihre zukünftigen Aktivitäten. Im Mittelpunkt standen dabei die kürzlich von der IVG ver-



Für die Anwohner ist der Absenkungstrichter im Etzeler Kavernenfeld immer ein heißes Diskussionsthema. BILD: BURMANN

öffentlichte Prognose zur Bodenabsenkung und deren Auswirkung. Hier sicherten die Politiker ihre Unterstützung zu. Insbesondere der Punkt der Beweislastumkehr wurde intensiv diskutiert. Denn das Bergrecht räumt

dem Betreiber laut Kirscher enorme Rechte ein, während der Betroffene in der Beweislastprüfung ist, die in aller Regel mit großen Kosten verbunden ist.

Hinter dem derzeitigen Bergrecht stünden wirt-

schaftliche Interessen. „Im Bergrecht gibt es keine Waffengleichheit“, erklärte Kirscher. Aber auch die Landesbergämter müssten umdenken und dürften nicht als reine Dienstleister des Bergbaus handeln, so der MdB, dessen

Partei im Bundestag daher eine Reform des Bergrechts fordert, für welche die Regierung allerdings keinen Handlungsbedarf sieht.

Wohl aber die Grünen, die für das gesamte IVG-Projekt eine Umweltverträglichkeitsprüfung fordern, die auch die Soleeingleitung in den Jadebun berücksichtigen muss.

Etwas überrascht zeigt sich Oliver Kirscher von der Bekanntgabe der CSS-Speicherorte, die er vorwiegend in Schleswig-Holstein vermutet hatte. Diese wurden jetzt aber in geballter Form im Nordwesten entdeckt. Beide Abgeordneten äußerten sich äußerst skeptisch zu dieser Speichermöglichkeit, die in ihren Augen noch nicht ausgereift ist. Sicherlich wäre es auch möglich, Kohlendioxid in den Friedeburger Kavernen zu speichern, doch hätten die dafür nicht so aufwendig gesolt werden müssen. Außerdem wären sie für dieses Projekt recht klein.

Aber groß genug, um die Bürger im betroffenen Gebiet zu beunruhigen. Es gäbe Leute, die seien überzeugt, dass sich die Kavernen wieder schließen werden, versicherte BI-Vorsitzender Kreuzburg und fügte hinzu: „Die Natur holt sich das von der Erdoberfläche!“ 45 Kavernen sollen derzeit fertig sein, 25 sich in der Solung befinden.

Wilhelmshavener Zeitung

Friesland

MITTWOCH, DEN 16. FEBRUAR 2011

SEITE 11

WILHELMSHAVENER ZEITUNG

„Typisch – man zerstückelt das Thema“

KAVERNEN Grünen-Bundestagsabgeordnete in Etzel – CO₂: „Diskussion mit eventuell anderer Dramatik“

Die Grünen unterstützen die Forderungen der Bürgerinitiative Lebensqualität. So sprechen sie sich für die Beweislastumkehr aus.

ETZEL/GRA – „Bergrecht bricht Menschenrecht“ heiße es in Nordrhein-Westfalen angesichts massiver Schäden durch den Bergbau, erzählte Oliver Kirscher gestern im „Dorfkrog Cordes“ in Etzel. Der Grünen-Bundestagsabgeordnete aus Düren will zwar nicht behaupten, dass es in Etzel auch schon so weit ist. Parallelen sieht er allerdings durchaus.

Kirscher war gemeinsam mit seinem Fraktionskollegen Thilo Hoppe (Aurich) zu Gast bei der Bürgerinitiative Lebensqualität Horsten-Etzel-Marx. Die Landtagsabgeordnete Ina Korter (Nordenham) war krankheitsbedingt verhindert. BI-Vorsitzender Franz Kreuzburg informierte

die Gäste über das Milliardenprojekt in Etzel, das unter das Bergrecht fällt.

Das Bergrecht stamme zu großen Teilen aus dem 19. Jahrhundert, sagte Kirscher. Betroffene hätten es auch heute noch schwer, ihre Interessen durchzusetzen. Die Grünen fordern eine Reform des Gesetzeswerks.

„Typisch“ für das Bergrecht sei, dass es keine Gesamtbeurteilung für konkrete Vorhaben vorsehe, sagte Bergbau-Experte Kirscher: „Man zerstückelt das Thema.“ Für die Erweiterung des Kavernenfeldes in Etzel habe es 2006 eine Genehmigung gegeben – „und keiner hat's gemerkt“.

Die Grünen unterstützen die Forderungen der Bürgerinitiative nach einer umfassenden Umweltverträglichkeitsprüfung, nach einer alle Kavernen einschließenden Senkungsprognose und nach der Beweislastumkehr für etwaige Schäden an Gebäuden.

Thilo Hoppe fordert zusätzlich eine Untersuchung



Franz Kreuzburg (Mi.), Vorsitzender der Bürgerinitiative Lebensqualität, begrüßte WZ-FOTO: KNOTHE

zur Sole-Einleitung in die Nordsee. Er verwies auf Biologen, die eine Schädigung des Ökosystems befürchten.

Auch die unterirdische Speicherung von Kohlendioxid war Thema des Treffens. Dass CO₂ in den Kavernen in Etzel entsorgt werde, hält Kirscher derzeit für unwahrscheinlich: Dafür sei der Kavernenbau viel zu kostspielig.

gestern in Etzel die Grünen-MdB Oliver Kirscher (li.) und Thilo Hoppe.

Bei der unterirdischen Entsorgung des Klima-Gases sei eher daran gedacht, es in salzwasserführende Schichten hineinzupressen.

Allerdings: Wenn die Kavernen irgendwann nicht mehr zur Erdgas-Speicherung benötigt würden, könnte dort vielleicht doch Kohlendioxid eingelagert werden, meint Kirscher – „und dann kommt

eventuell noch eine ganz andere Dramatik in die Diskussion“. Kirscher kritisierte, dass die Bundesregierung die CO₂-Studie verheimlicht habe.

Informationsdefizite sieht Hoppe auch vor Ort in Etzel. Der Unfall im Juni vergangenen Jahres, als 200 Kubikmeter Öl-Sole-Gemisch ausgelaufen sind, war erst zwei Monate später bekannt worden. Hoppe: „Es schafft kein Vertrauen, wenn die Öffentlichkeit nicht informiert wird.“

Kreuzburg hatte zuvor die Befürchtungen der Bürgerinitiative hinsichtlich der Bodenabsenkung erläutert und eine Belästigung durch Lärm, Licht und Geruch kritisiert. Der BI-Vorsitzende machte außerdem deutlich, dass ein Sicherheitskonzept für alle drei im Bau befindlichen Gas-Verdichterstationen erforderlich sei. Denn die Verdichter hätten einen Abstand von maximal 300 Meter zueinander. Kreuzburg: „Wenn was passiert, können sie nichts machen.“